



ایران رپورت

Iran-Report

08/20

August 2020 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	13
Wirtschaft	16
Aussenpolitik	19

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
19. Jahrgang

INNENPOLITIK

Noch darf Rohani sein Amt behalten / Mysteriöse Serie von Bränden und Explosionen / Choinis Kritik an Chamenei ruft heftige Reaktionen hervor / Millionen Online-Nutzer protestieren gegen Todesurteile / Madschd wegen Weitergabe von Informationen hingerichtet / Polizei geht gegen Demonstranten in Behbahan vor / Nargess Mohammadi im Gefängnis an Covid-19 erkrankt / Mansuris Bruder vermutet Terroranschlag / Covid-19 steigt dramatisch an

NOCH DARF ROHANI SEIN AMT BEHALTEN

„Rohani sowie sein Außenminister Sarif haben Volksverrat begangen und müssen dafür zur Verantwortung gezogen werden,“ sagte der Abgeordnete Mohammad Taghi Nagh-Ali laut dpa vom 5. Juli im iranischen Parlament. Er machte die beiden Politiker für die verheerende Wirtschaftskrise und die katastrophale Außenpolitik verantwortlich, unter der immer mehr Menschen zu leiden haben. „Die rhetorischen Ausreden Rohanis sind nicht mehr akzeptabel, ihm zuzuhören ist zwecklos, lasst uns ihn daher einbestellen,“ sagte Naghi-Ali.

Dass das neue Parlament sich der Regierung von Präsident Rohani und vor allem der Außenpolitik von Sarif entgegenstellen würde, war unschwer abzusehen. Die überwiegende Mehrheit der Volksvertretung besteht aus Konservativen und Hardlinern. Dass aber die neuen Abgeordneten so kurz nach Beginn ihrer Arbeit so frontal und aggressiv gegen den Regierungschef und seinen Außenminister vorgehen würden, ist doch erstaunlich.

Dem Außenminister warfen insbesondere die Ultras vor, die Außenpolitik vorwiegend auf den Westen ausgerichtet zu haben. Sie waren gegen das Atomabkommen und für eine konfrontative Politik gegen die USA, Israel, aber auch gegen Europa. Iran sollte vielmehr seinen Blick auf den Osten richten, auf Russland und noch mehr auf China. Dem Regierungschef warfen sie vor, die Wirtschaft in eine tiefe Krise geführt zu haben. Seine Reformpolitik sei vollkommen gescheitert. Er habe das Land verraten und in den Abgrund geführt. Rohani weist diesen Vorwurf vehement zurück und führt die harten US-Sanktionen nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen sowie die Folgen des Corona-Virus als Gründe an.

Der Angriff des Parlaments war so massiv, dass die Rettung der Regierung nur noch von ganz oben kommen konnte. Revolutionsführer Ali Chamenei wird vermutlich gedacht haben, dass in der gegenwärtigen verheerenden Wirtschaftslage und angesichts der sich zuspitzenden Konflikte mit den USA, Israel und den arabischen Nachbarländern ein Regierungs- und Richtungswechsel zu viel Aufruhr stiften und die Lage noch verschlimmern würde. Zudem konnte er so abermals der Regierung demonstrieren, dass ihre Existenz einzig von seinem Willen abhängt. Bei einem Treffen mit den neuen Abgeordneten sagte Chamenei: „Der Präsident und die Regierung werden bis zum letzten Tag ihrer Amtsperiode ihre Dienste leisten.“ Es sei erlaubt die Regierung zu kritisieren, mehr aber nicht. Das dem Revolutionsführer hörige Parlament parierte, der Präsident wurde nicht einbestellt.

Rohani bedankte sich für die Unterstützung. „Ich verspreche dem hochwürdigen Revolutionsführer, die Regierung werde, ohne sich von Nebengeräuschen ablenken zu lassen, wie zu Beginn ihrer Amtsübernahme, mit großem Elan und Eifer ihre Arbeit bis zum letzten Tag fortsetzen.“

MYSTERIÖSE SERIE VON BRÄNDEN UND EXPLOSIONEN

Am frühen Morgen des 27. Juni vernahmen die Bewohner östlich von Teheran ohrenbetäubende Geräusche und beobachteten grelles Leuchten am Himmel. Wenige Stunden später erklärte das Verteidigungsministerium, es habe sich um eine Gasexplosion in Parchin gehandelt. Das Feuer sei inzwischen gelöscht, niemand sei zu Schaden gekommen. Doch später stellte es sich heraus, dass es sich um eine Explosion in einem militärischen Gebiet handelte, konkret dort, wo Raketen hergestellt werden.

Westliche Geheimdienste behaupten, dass in der Militäranlage Parchin nukleare Tests durchgeführt worden seien. Das Feuer war aus einer Entfernung von mehreren Kilometern zu sehen. Wenige Tage später brach in der Atomanlage Natanz, der größten Atomanlagen des Landes, in der Uran angereichert wird, ein Feuer aus. Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats Keywan Chorawi sagte: „Die Ursache des Brands wurde nach gründlicher Untersuchung festgestellt, aber aus sicherheitstechnischen Erwägungen werden die Ergebnisse erst zu gegebener Zeit bekannt gegeben.“ Da sich kein nukleares Material in der Industrieanlage befunden habe, seien keine größeren Schäden entstanden. Das Feuer war um zwei Uhr Ortszeit ausgebrochen.

Iran ist seit einiger Zeit dabei, die unterirdische Atomanlage Anlage in Natans, in Zentraliran, zu erweitern und sie durch Einsatz von leistungsfähigeren und schnelleren Zentrifugen zu modernisieren. Hier wird derzeit Uran auf 4,5 Prozent angereichert, womit die im Abkommen vereinbarte Höchstgrenze von 3,67 Prozent überschritten wird.

Die Regierung versuchte zunächst, die Folgen des Brands gering erscheinen zu lassen. Der Vorfall habe sich außerhalb der Urananreicherungsanlage in einem im Bau befindlichen Nebengebäude, einem Industrieschuppen, ereignet, sagte der Sprecher der Atombehörde Behrus Kamalwandi. Die Anlage selbst habe keinen Schaden erlitten, es seien keine radioaktiven Strahlen festgestellt worden. Demgegenüber sagten die Forscher Fabian Hinz vom kalifornischen Middlebury Institute of International Studies und Davis Albright vom Institut for Science an International Security der Nachrichtenagentur AP mit Hinweis auf die von Iran veröffentlichten Fotos des Brandorts sowie von Satellitenaufnahmen, dass das Feuer die Produktion von Zentrifugen betroffen habe. Die New York Times schrieb unter Berufung auf einen nicht genannten hochrangigen Sicherheitsbeamten aus einem Nachbarstaat Irans, der Brand sei durch einen Sprengkörper entstanden, der in der Anlage zur Detonation gebracht worden sei. Iranische Experten sprachen von einem Sabotageakt. Auch die Agentur Reuters zitierte drei iranische Informanten, die von einem Cyber-Angriff berichteten.

Die staatliche Nachrichtenagentur Irna schrieb: „Bislang hat die Islamische Republik sich bemüht, gleichzeitig mit der Verteidigung der nationalen Interessen, Vernunft walten zu lassen und jede Art der Zuspitzung der Konflikte in der Region zu vermeiden. Sollte sich aber herausstellen, dass feindliche Staaten, insbesondere das zionistische Regime und die USA, die roten Linien unseres Staates überschreiten oder unsere Sicherheit in welcher Art auch immer beeinträchtigen, werden wir mit Sicherheit unsere Strategie grundsätzlich ändern und gebührend auf Feindseligkeiten reagieren.“ Israelische Medien berichteten, dass das Land sich auf mögliche Attacken seitens Iran vorbereitet habe.

Die Vorfälle, deren Ursachen nicht geklärt sind oder zumindest der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt werden, setzten sich fort. Am 4. Juli brannten Teile eines Stromwerks in der Nähe der Stadt Ahwas im Südwesten des Landes. Zugleich gab es einen Großbrand in einem petrochemischen Komplex in Mahschahr, in der Provinz Chusistan nahe der Grenze zum Irak. Am 8. Juli gab es in einer Fabrik in Bagherschahr, einem Vorort von Teheran, eine Explosion, bei der zwei Arbeiter ums Leben kamen. Drei weitere Arbeiter wurden verletzt. Am 19. Juli berichteten die Medien von einer Explosion in einem Kraftwerk in der Stadt Islamabad im Zentrum des Landes, Augenzeugen sprachen sogar von mehreren Explosionen. Dann fiel der Strom aus. Am 15. Juli brannten mindestens sieben Schiffe im

Hafen der Stadt Bushehr, im Süden des Landes. Am 19. Juli gab es eine heftige Explosion in einem Wärmekraftwerk in der Provinz Isfahan.

Die Häufung der nacheinander folgenden Explosionen und Brände legen den Verdacht nahe, dass es sich doch, zumindest zum Teil, um Sabotageakte handelt. Auf die Frage, wer dahinter stecken könnte, richten sich die Blicke auf Israel. Israels Außenminister Gabi Aschkenasi wollte auf die Frage, ob sein Land an dem Vorfall in Natans beteiligt gewesen sei, keine Antwort geben. Er sagte lediglich: „Wir ergreifen Maßnahmen, über die man besser nicht reden sollte.“ Und Verteidigungsminister Benny Gantz meinte: „Nicht jeder verdächtige Vorfall in Iran steht mit Israel in Verbindung.“

Teheran gibt inzwischen zu, dass der Schaden in der Anlage Natans „gravierend“ gewesen sei. Die Entwicklung und Produktion von Zentrifugen könnten wegen des Vorfalls auf mittlerer Sicht beeinträchtigt werden, sagte Kamalwandi. Doch nach wie vor wird mit Bedacht über den oder die Täter geschwiegen. Denn sonst müsste man entsprechend darauf reagieren, was mit großen Risiken verbunden wäre.

Abbas Mussawi, Sprecher des Außenministeriums, sagte am 23. Juli der Presse, in den vergangenen Monaten sei Iran Ziel von mehreren Cyber-Angriffen gewesen, doch die Angreifer hätten ihr Ziel nicht erreicht. Die Angriffe seien weitreichend gewesen, weil die Angreifer staatliche Unterstützung gehabt hätten. Er betonte, dass die jüngsten Brände mit den Angriffen nichts zu tun gehabt hätten. „Diese Brände waren ganz normale Vorfälle,“ sagte er. „Cyber-Angriffe gegen Iran gibt es täglich, das ist nichts Neues, aber die werden von unseren IT-Expertenteams stets abgewehrt und neutralisiert.“

CHOINIS KRITIK AN CHAMENEI RUFT HEFTIGE REAKTIONEN HERVOR

Der offene Brief von Mussawi Choini an Revolutionsführer Ali Chamenei, über den wir bereits berichtet haben (IR 07-20), hat in der Bevölkerung große Aufmerksamkeit erhalten und heftige Reaktionen hervorgerufen. Choini, Generalsekretär der „Versammlung kämpfender Geistlichkeit,“ hatte in dem Brief Chamenei für die katastrophalen Zustände des Landes verantwortlich gemacht. Er sprach von einer „tiefen, weitverbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung.“ „Die Menschen spüren zu tiefst die unleugbare Ungerechtigkeit, sie sind mit der politischen und kulturellen Entwicklung des Landes höchst unzufrieden,“ schrieb der einflussreiche Geistliche, der zu den engsten Weggefährten Ayatollah Chomeinis zählte.

Choini ist nicht der erste, der den Revolutionsführer kritisierte und ihn für die Lage des Landes verantwortlich machte. Doch sein Wort hat ein besonderes Gewicht, weil er zu den Gründern der Islamischen Republik gehört und in den ersten Jahren nach der Revolution zu den Architekten des neuen Staates zählte. Er war, bevor Chamenei die Nachfolge Ayatollah Chomeinis antrat, Träger hoher Ämter. In der Ära nach Chamenei trug er zwar kein Amt mehr, behielt jedoch seinen politischen Einfluss, vor allem innerhalb der traditionellen Linken und danach innerhalb der Reformbewegung. Die Reformer bezeichnen ihn als „geistigen Vater“ der Reformbewegung. Zudem ist er Generalsekretär der „Versammlung kämpfender Geistlichkeit,“ zu deren führenden Mitgliedern auch der frühere Staatspräsident Mohammad Chatami gehört. Damit werden seine Worte auch von den derzeitigen Machthabern ernst genommen.

Die Frage ist, weshalb Choini es gerade jetzt für nötig hielt, Chamenei öffentlich zu kritisieren. Manche Beobachter meinen, er sei von einigen Reformern dazu gedrängt worden. Der Journalist Abbas Abdi, der selbst zu den Reformern zählt, schrieb, „alle sind, oder die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, ist, unzufrieden, verzweifelt. Daher klammern sich die Menschen an einflussreiche Personen, mit der Bitte, etwas zu unternehmen.“

Andere meinen, der Brief sei die Ankündigung einer neuen Bewegung innerhalb der Reformfraktion, einer Bewegung, die strukturelle, grundsätzliche Veränderungen fordert. Tatsächlich haben die Niederlagen, die die Reformer in letzter Zeit, nicht zuletzt bei den Parlamentswahlen, hinnehmen mussten, dazu geführt, dass einige Mitglieder radikalere Positionen fordern, was gemäßigte Mitglieder ablehnen, weil strukturelle Veränderungen den Rahmen einer Reformbewegung sprengen und das gesamte System in Frage stellen würde.

Chamenei ignorierte die Kritik. Demgegenüber meldeten sich andere Personen, Gruppen und Parteien zu Wort. Die Fraktion der Konservativen, die sich als „Prinzipientreue“ bezeichnet, zeigte sich empört. Der Brief sei eine „Unverschämtheit“ und nichts anderes als „Flucht nach vorn,“ eine Ablenkung von der katastrophalen Niederlage bei den Parlamentswahlen. Die „Partei der Technokraten“ deutete den Brief als „einen Schritt zum Linksradikalismus.“ Die Ultrarechten sprachen von einem Frontalangriff gegen den Islamischen Staat. Auch Oppositionelle, die den Sturz des Regimes anstreben, bewerteten die Kritik nicht positiv, mit der Begründung, Choini selbst gehöre zum System.

Am heftigsten reagierten die Freitagsprediger, die Basidsch-Milizen, die Lehrkräfte der theologischen Lehranstalten und nicht zuletzt Personen aus den Kreisen der Sicherheitskräfte und Militärs. Sollte es etwas zu kritisieren geben, müssten auch Choini und seine Weggefährten die Verantwortung dafür tragen, meinten sie. Justizchef Ebrahim Raisi verteidigte den Revolutionsführer und sagte, es sei absurd, die Schuld auf denjenigen zu schieben, der die Probleme immer gelöst habe, die andere verursacht hätten. Der ultrarechte Prediger Ahmad Chatami sagte: „Solche Briefe bereiten das Feuer für die nächsten Unruhen vor. Sie haben das Ziel, die Autorität des Revolutionsführers zu brechen, das Land in ein Chaos zu stürzen, um schließlich das Erreichen zu können, was die USA und Israel geplant hätten. Der Herausgeber der Tageszeitung Kayhan, Hossein Schariatmadari, schrieb einen denunzierenden Artikel über Choini. Schließlich schrieb Mohammad Ghutschani, Chefredakteur der Zeitung „Sasandegi“: „Aus dem Brief sind Schritte zu vernehmen, die zum Radikalismus und zur Bildung eines linksradikalen Flügels innerhalb der Reformbewegung führen.“

Dem widersprach der Journalist Said Hadscharian, der zu den Wegweisern der Reformbewegung gehört. Für die unhaltbaren Zustände trage Choini keinerlei Verantwortung, weil er in den drei vergangenen Jahrzehnten kein öffentliches Amt innegehabt hätte. Sein Brief sei nichts anderes als eine „vorsichtige, höfliche Kritik.“

MILLIONEN ONLINE-NUTZER PROTESTIEREN GEGEN TODESURTEILE

Innerhalb von 24 Stunden haben mehr als fünf Millionen Nutzerinnen und Nutzer sozialer Medien unter dem Hashtag „No To Execution“ – Nein zur Hinrichtung, gegen die Todesurteile protestiert, die ein Revolutionsgericht gegen drei Teilnehmer an landesweiten Demonstrationen im November vergangenen Jahres verhängt hatte. Auch zahlreiche Künstler, Schriftsteller und Kulturschaffende schlossen sich den Protesten an. Der Filmemacher Asghar Farhadi, zweifacher Oscar-Gewinner, schrieb laut dpa auf seiner Instagram-Seite: „Macht das traurige Leben der Iraner nicht noch bitterer ... Nein zur Hinrichtung.“ Innerhalb einer Woche hatten bereits mehr als zehn Millionen Menschen die Kampagne unterstützt. Unter den Unterstützern gab es auch zahlreiche Hinterbliebene von bereits Hingerichteten, die jeweils kurz ihre Erlebnisse und ihr Leid schilderten.

Mostafa Nili, Anwalt der drei Verurteilten, Mir Hossein Moradi (25), Said Tamdschidi (27) und Mohammad Raschabi (27), tweetete am 15. Juli, das Oberste Gericht habe die Weiterleitung an ein Revisionsgericht abgelehnt und die Urteile bestätigt. Er wolle trotzdem gegen das Urteil Einspruch einlegen, zumal er als Anwalt bislang noch nicht die Erlaubnis zur Akteneinsicht erhalten habe. Demgegenüber behauptete die Justiz, die drei Verurteilten hätten einen Anwalt zur Verfügung gehabt.

Die drei jungen Männer waren zuvor von einem Revolutionsgericht unter dem Vorsitz des berühmten berüchtigten Richters Abolghassem Salawati wegen „Teilnahme an Zerstörungen und Brandsetzungen öffentlicher Einrichtungen,“ die der Richter als „Krieg gegen Gott“ bezeichnete, zum Tode verurteilt worden.

Einer der drei Männer war bei den Unruhen festgenommen worden, die anderen zwei waren, wohl aus Angst, ebenfalls in Haft genommen zu werden, in die Türkei geflüchtet. Sie wurden jedoch, obwohl sie einen Asylantrag stellten, an Iran ausgeliefert.

Eingeweihte berichten, dass die drei Männer bei den Verhören gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen worden seien. Amnesty International hatte den Prozess als „völlig ungerecht“ bezeichnet und die Rücknahme des Urteils gefordert. In ihrem Bericht erwähnt Amnesty, Madschidi und Radschabi hätten ihren Angehörigen mitgeteilt, dass die Vorwürfe gegen sie, wie Kontaktaufnahme zu den oppositionellen Volksmodschahedin, völlig abwegig seien. Sie seien durch Folter zu Geständnissen gezwungen worden. Dem widersprach Justizsprecher Gholam-Hossein Esmaili. Der Prozess sei ordentlich gewesen, sagte er. Die drei seien als Anführer der Unruhen zu Gewalttaten bereit gewesen und hätten ihre zerstörenden Aktivitäten auf ihre Handys aufgenommen, was dem Gericht als Beleg für ihre Taten gedient habe.

Mehr als zehn unabhängige Sachverständige der UN-Menschenrechtskommission schlossen sich der Kampagne „No To Execution“ an. „Wir unterstützen hunderttausende Iranerinnen und Iraner, die die Todesurteile verurteilen“, erklärten sie. „Wir fordern den iranischen Justizchef auf, unverzüglich das Urteil aufzuheben und den Fall erneut vor einem ordentlichen Gericht zu verhandeln.“ Zudem verlangten sie, eine unabhängige Gruppe von Sachverständigen solle den Vorwurf der Folter und der erzwungenen Geständnisse untersuchen.

Auch US-Präsident Donald Trump unterstützte die Kampagne und tweetete in englischer und persischer Sprache: „Die Todesurteile gegen die Iraner senden eine schreckliche Botschaft an die Welt.“

Irans Regierungssprecher Ali Rabii schrieb in seiner wöchentlichen Kolumne für die Zeitung „Iran“ über die Kampagne: „Eine so umfangreiche und zugleich einfühlsame Reaktion der Bürger sollte man respektieren.“ Er sei zwar über den Inhalt des Prozesses nicht ausreichend informiert. Doch er habe die Gewissheit, dass die Menschen, die gegen die Urteile protestierten, „berechtigte gesellschaftliche Gründe haben. (...) Die Bürger müssen davon überzeugt werden, dass in ihrem Land Recht und Gerechtigkeit auf höchstem Niveau zur Geltung kommen. Das ist ihr verbrieftes Recht.“ Er hoffe, die Justizchef werde sich bemühen, dass dieser Fall mit „Gnade und gerecht und im Interesse der Gemeinschaft“ behandelt werde, sagte Rabii. Zugleich bezeichnete er die Stellungnahme Donald Trumps als „eine unglaubliche Unverschämtheit.“ Seine Stellungnahme sei „alles andere als hilfreich.“

Viele Zeitungen berichteten auf der ersten Seite über die Kampagne. Die Zeitung Hamschahri titelte: „Warten auf Revision der Todesurteile.“ Die Schlagzeile bei Etemad lautete: „Haltet inne.“

Offenbar zeigten die Proteste Wirkung. Obwohl nach Bestätigung eines Urteils durch das Oberste Gericht keine Revision mehr möglich ist, berichtete die Nachrichtenagentur Fars, Justizchef Ebrahim Raisi habe eine weitere Untersuchung des Falls angeordnet. Auch die Anwälte der drei Verurteilten erklärten, der Vollzug der Urteile sei gestoppt worden. Das Oberste Gericht habe ihrem Antrag auf Revision stattgegeben. Zugleich versuchte Justizchef Ebrahim Raisi dem Eindruck entgegenzuwirken, die Justiz sei durch die Proteste zum Nachgeben gezwungen worden. „Proteste sollte man hören, aber Unruhen und Krawalle, die die Sicherheit des Landes gefährden, sind unsere rote Linie,“ sagte er

auf einer Sitzung der Obersten Justizrats am 20. Juli. „Kampagnen und Propaganda-Aktionen haben keine Wirkung. Die Justiz richtet sich einzig nach religiösen Grundsätzen und nach Gesetzen.“

Auch Justizsprecher Esmaili sagte: „Wir hatten, bevor die Medienkampagne begonnen hatte, erklärt, dass es gesetzliche Wege gebe, um die Urteile anzufechten. Allerdings können wir nicht voraussagen, zu welchem Ergebnis ein solcher Versuch führen wird.“ Zu der Kampagne sagte er: „Bei dem Medienrummel gibt es verschiedene Beweggründe. Teile der Kampagne wurden von Konterrevolutionären, feindliche Medienkonzerne und Feinden der Revolution und der Staatsordnung der Islamischen Republik getragen. Solchen Kampagnen widmen wir kein Gehör. ... Es gibt auch einige, die sich unwissend der Kampagne angeschlossen haben. Denen werfen wir vor, dass sie ohne genaue Informationen anderen nachgelaufen sind. Es gibt aber auch einige, die besorgt sind und uns kritisiert haben. Wir akzeptieren diese Kritik. Wir hätten besser kommunizieren und vorgehen können,“ sagte Esmaili im staatlichen Fernsehen. „Wir haben gleich zu Beginn der Ereignisse im November immer wieder betont, dass wir zwischen Kritik und Aufruhr unterscheiden und die Reihen der Kritiker von denen der Unruhestifter trennen. Auch haben wir jene, die leichte Straftaten begangen hatten, von denen, die schwere Straftaten begangen hatte, unterschieden. Zahlreiche Personen, die an den Protesten teilgenommen hatten, wurden nicht verfolgt.“

MADSCHD WEGEN WEITERGABE VON INFORMATIONEN HINGERICHTET

Laut iranischen Agenturen wurde Mahmud Mussawi Madschd am 20. Juli hingerichtet. Madschd kannte sich in Syrien bestens aus, hatte enge Verbindung zu verschiedenen militanten Gruppen und arbeitete eng mit der iranischen Al-Kuds-Brigade zusammen, einer Abteilung der Revolutionsgarden für Aktivitäten im Ausland.

Am 9. Juni hatte Justizsprecher Gholamhossein Esmaili in Teheran bekannt gegeben, dass Madschd unter anderem wegen Weitergabe von Informationen über den Aufenthaltsort des Generals Ghasssem Soleimani, Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade, und anderer Befehlshaber an amerikanische und israelische Geheimdienste zum Tode verurteilt worden sei und demnächst hingerichtet werde. General Soleimani war am 3. Januar dieses Jahres auf persönlichem Befehl des US-Präsidenten Donald Trump in der Nähe des Bagdader Flughafens gezielt getötet worden.

Doch kurz nach der Bekanntgabe des Todesurteils erklärte das Presseamt der Justiz, der Prozess gegen Madschd habe bevor Soleimani getötet wurde, stattgefunden. Mit anderen Worten, er hatte mit der Tötung nichts zu tun. Einige seiner Freunde erklärten dem persisch-sprachigen Programm der BBC gegenüber, er sei nie und nimmer ein Spion gewesen. Aus Insiderkreisen wird die Vermutung geäußert, er sei Opfer der Auseinandersetzungen innerhalb der Garden. Auf einem Video, das Madschad während seiner Haft veröffentlichte, sagte er, er sei ungerecht verurteilt worden. „Manche Leute wollen durch meine Hinrichtung ihre Pfründe retten,“ sagte er. Bei seinem Prozess bestritt er alle Vorwürfe gegen ihn. Er sei im Gefängnis gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen worden. Sein Vater schrieb in einem Brief an die Justiz: „Mein Sohn hatte, bevor er sich von den Garden trennte, einen ausführlichen Bericht über Korruption, moralische Vergehen und Drogensucht bei manchen Offizieren der Garden verfasst und an die Aufsichtsbehörde geschickt. Jetzt muss er dafür büßen.“

Ebenfalls hingerichtet wurde laut dpa vom 14. Juli ein pensionierter Offizier der iranischen Luft- und Raumabteilung. Nach Angaben der Justiz soll Ali A. wegen Spionage zum Tode verurteilt worden sein. Er habe nach seiner Pensionierung 2016 geheime Informationen an den US-Geheimdienstes CIA weitergeleitet, sagte Justizsprecher Gholam Hossein Esmaili. Weitere konkrete Informationen zu diesem Fall wurden nicht mitgeteilt.

Auch zwei iranische Kurden, die zum Tode verurteilt waren, wurden am 14. Juli im Gefängnis der Stadt Orumieh hingerichtet. Dies meldeten mehrere Menschenrechtsorganisationen. Amnesty International hatte am Tag zuvor die iranische Justiz aufgefordert, die Vollstreckung des Urteils zu unterlassen. Der Prozess gegen Diako Rasulsadeh und Saber Scheichabdollah sei „in höchstem Maß ungerecht“ gewesen. Das Urteil basiere auf durch Folter erzwungenen Geständnissen, hieß es in der Erklärung der Menschenrechtsorganisation.

Rasulsadeh und Scheichabdollah wurden beschuldigt, an einem Anschlag auf eine Militärparade in Mahabad nahe der Grenze zum Irak und zur Türkei im Jahr 2010 teilgenommen zu haben. Dabei hatte es zwölf Tote und 75 Verletzte gegeben. Die beiden hatten immer wieder beteuert, mit der Angelegenheit nichts zu tun gehabt zu haben. Sie beklagten sich über schwere Folterungen im Gefängnis und darüber, dass sie keinen Rechtsbeistand gehabt hätten. Das bestätigte auch die Menschenrechtsorganisation in Kurdistan. Demnach sollen die beiden ein ganzes Jahr lang beim Geheimdienst der Stadt Orumieh schweren Misshandlungen ausgesetzt gewesen sein. Der Sender Press TV, ein englischsprachiger Sender des staatlichen Rundfunks und Fernsehens hatte 2013 die „Geständnisse“ gesendet.

Zwei Menschenrechtsorganisationen in London und Paris haben im vergangenen Monat die Rolle des staatlichen Fernsehens in Iran bei politischen Prozessen untersucht und festgestellt, dass das Fernsehen innerhalb der vergangenen zehn Jahren mindestens 255 „Geständnisse“ von politischen Gefangenen gesendet habe, von denen einige hingerichtet wurden. Die Untersuchung zeigt die Rolle der staatlichen Medien, die propagandistisch den staatlichen Terror gegen Kritiker und Gegner des Regimes unterstützen.

POLIZEI GEHT GEGEN DEMONSTRANTEN IN BEHBAHAN VOR

Die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes treibt seit geraumer Zeit immer mehr Menschen zu Protesten auf die Straße. Am 17. Juli kam es in der Stadt Behbahan, in der im Südwesten gelegenen Provinz Chusistan, zu einer Protestkundgebung. Auf Videos, die online gestellt wurden, waren Menschen mit erhobenen Fäusten zu sehen. Sie skandierten Parolen wie: „Habt keine Angst, wir stehen alle zusammen“, „Weder Gaza noch Libanon, ich opfere mein Leben für Iran“. Den Basidsch-Milizen riefen sie zu: „Bsidschi, schäme dich, verlass unser Land“. Es waren Schüsse zu hören. Die Polizei setzte Tränengas ein. In der ganzen Provinz wurde der Zugang zum Internet unterbrochen. Augenzeugen berichteten von zahlreichen Festnahmen, darunter auch Farsaneh Ansarifard, deren Bruder im vergangenen November bei den Protestdemonstrationen getötet wurde.

In Teheran, Täbris, Schiras und anderen Großstädten trat die Polizei in Alarmbereitschaft. Der Polizeichef von Behbahan, Oberst Mohammad Asisi, erklärte am nächsten Tag, „eine klein Anzahl von Menschen“ habe gegen die „wirtschaftliche Lage“ protestiert. Die Teilnehmer hätten, nachdem die Polizei sie aufgefordert habe, die Versammlung aufzulösen „ungebührliche Parolen skandiert.“ Er fügte hinzu: „Feindliche Elemente nehmen die gegenwärtige wirtschaftliche Krise zum Vorwand, um dem gesamten System Schaden zuzufügen.“ Er warnte, die Polizei werde gegen jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, mit „aller Härte“ vorgehen.

Indes haben die Revolutionsgarden in der Stadt Maschad, im Nordosten des Landes, bekannt gegeben, dass sie einige Aktivisten festgenommen hätten. Diese hätten zu einer Demonstration aufgerufen. Es handele sich um Personen, die zu konterrevolutionären Gruppen Verbindung hätten. Sie seien den Sicherheitsbehörden als Agenten bekannt, die die nationale Sicherheit gefährden wollten. Konkrete Angaben zu des Festgenommenen machten die Garden nicht. Die Stadt Maschad gehörte zu den Hauptzentren der landesweiten Proteste im vergangenen November. Drei Teilnehmer bei den damaligen

Protesten, Amir Hossein Moradi, Said Tamdschidi und Mohammad Radschabi sind inzwischen zum Tode verurteilt worden. (siehe Bericht auf den Seiten 5 - 7)

In der Stadt Schiras im Süden des Landes wurde nach Angaben der Sicherheitsorgane eine „Terrororganisation“ aufgelöst, die angeblich zu oppositionellen Gruppen im Ausland Verbindung hatte.

NARGESS MOHAMMADI IM GEFÄNGNIS AN COVID-19 ERKRANKT

Die bekannte Menschenrechtaktivistin Nargess Mohammadi ist nach Angaben der Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi im Gefängnis der Stadt Sandschan an Covid-19 erkrankt. Dies sei ihr von der Familie der Inhaftierten mitgeteilt worden, schrieb Ebadi auf Telegram.

Mohammadi leidet bereits seit Jahren unter einer Lungenkrankheit. Die neue Krankheit habe ihren gesundheitlichen Zustand erheblich verschlimmert, schrieb Ebadi. „Zudem leidet Mohammadi unter starken Muskelschmerzen, fühlt sich kraftlos, kann sich kaum noch auf den Beinen halten. Die Gefängnisführung hat sich kaum um sie gekümmert. Erst auf Druck der Familie wurde sie getestet.“

Den Berichten zufolge wurde Mohammadi nicht einmal über das Testergebnis informiert, auch sei sie nicht mit Medikamenten versorgt worden. Sie wurde gemeinsam mit elf weiteren Corona-Infizierten in Quarantäne gebracht. Doch eine medizinische Versorgung gebe es nach wie vor nicht, hieß es.

Mohammadi wurde im Dezember vergangenen Jahres in das Gefängnis von Sandschan, nordwestlich der Hauptstadt Teheran, gebracht. Sie war 2009 wegen Propaganda gegen die Islamische Republik zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Doch sie wurde 2013 wegen ihres schlechten gesundheitlichen Zustands gegen eine hohe Kautionsfreigelassen. 2015 wurde sie erneut wegen Propaganda gegen die Islamische Republik zu 16 Jahren Haft verurteilt. Davon muss sie mindestens 10 Jahre verbüßen.

Die 48-jährige, zweifache Mutter hat immer wieder gegen ihre Haftbedingungen protestiert, trat mehrmals in Hungerstreik, was bei den Verantwortlichen jedoch offenbar auf taube Ohren stieß. Trotz ihres gesundheitlichen Zustands hat sie aus dem Gefängnis zu den Ereignissen im Land Stellung genommen. Zu der Niederschlagung der Proteste im vergangenen Jahr schrieb sie: „Seit vierzig Jahren fordern wir friedlich Freiheit, Unabhängigkeit und Republik. Das Ergebnis ist eine brutale Diktatur. (...) Das Volk hat den Staat zum friedlichen Miteinander aufgefordert. Die Antwort des Staates war nichts anderes als brutale Niederschlagung der Demonstranten auf den Straßen.“

Am 5. Juli schrieb sie: „Seitdem bei mir und elf anderen Frauen Covid-19 bestätigt wurde, sind einige Tage vergangen. Doch es gibt absolut keine medizinische Versorgung, nicht einmal ein Mittel zur Desinfizierung der Hände. Ich bin völlig ohne Kraft. Habe das Gefühl, dass meine Beine erlahmt sind. Die Schmerzen sind unerträglich. Ich glaube nicht, die Nacht durchstehen zu können.“ Einige Tage später berichtete sie, dass sie und die Mitgefangenen Mund- und Nasenschutz erhalten hätten, aber keine Desinfektionsmittel. Am 11. Juli notiert sie: „Übelkeit, Schwächegefühl, habe meinen Geruchssinn verloren. Diese Krankheit ist weit schlimmer als die drei Operationen, die ich hinter mir habe.“ Endlich am 7. Juli wird ihr mitgeteilt, dass sie sich an den Gefängnisarzt wenden kann. „Der Arzt fragte mich, wie es mir gehe. Ich sagte ich habe keine Kraft mehr. Er fordert mich auf, tief zu atmen. Doch mein Atem stockt in der Brust. Ich bekomme einen Hustenanfall. Der Arzt gibt mir eine B-Komplex-Spritze und eine mir unbekannte Ampulle. Ich stehe mit größter Mühe auf, begeben mich in meine Zelle.“

„Am nächsten Tag werde ich wieder zum Arzt gebracht. Es geht mir besser, die Behandlung zeigt Wirkung. Am selben Abend merke ich, warum ich noch einmal zum Arzt bestellt wurde.“ Man hatte als Reaktion auf die Proteste eine Videoaufnahme von dem Besuch gemacht und sie am Abend im Fernsehen gesendet. „Die Hustenanfälle hatten sie zensiert,“ notierte Mohammadi. Der Film sollte beweisen, dass es Mohammadi gut gehe und sie medizinisch bestens versorgt werde. Gezeigt wurde wie jemand im weißen Kittel Mohammadi und andere Frauen untersucht. Mohammadi war nur wenige Sekunden lang zu sehen. Sie trug eine Maske. Der Arzt fragt sie nach ihrem Befinden, sie sagt „Gut.“ Mehr ist von Mohammadi nicht zu sehen. In demselben Video tritt auch der Justizchef von Sandschan auf, der behauptet, die Gefangenen würden täglich untersucht. Wenn Verdacht auf Infizierung bestehe, werde die betreffende Person isoliert.

Sachverständige der UNO kritisierten die Sendung als Eingriff in die Privatsphäre. In einer letzten Notiz berichtet Mohammadi, es gehe ihr besser, sie sei jedoch immer noch nicht in der Lage, in den Gefängnishof zu gehen.

Am 20. Juli veröffentlichte Taghi Rahmani, Ehegatte von Mohammadi, ein Video, auf dem ihre beiden Kinder zu sehen sind. Sie sagen, sie hätte seit elf Monaten die Stimme ihrer Mutter nicht gehört. Sie forderten alle Menschen auf, ihre Stimme zu erheben, damit sie die Stimme ihrer Mutter hören können. Die Forderung wurde innerhalb eines Tages von 350.000 Userinnen und Usern in den sozialen Netzwerken unterstützt. Rahmani sagte zu dem Umgang mit seiner Frau: „Die Justiz übt Rache.“

Am 22. Juli forderten 16 Experten des UN-Menschenrechtsrats die sofortige Freilassung von Mohammadi. „Die Behörden müssen jetzt reagieren, bevor es zu spät ist,“ erklärten sie gemeinsam. „Mohammadi hätte ohnehin nie inhaftiert werden dürfen.“ Sie müsse sofort freigelassen werden.

Wegen der Pandemie wurden in Iran mehr als 100.000 Gefangene vorübergehend entlassen. Politische Häftlinge wie Mohammadi betraf dies jedoch nicht.

MANSURIS BRUDER VERMUTET TERRORANSCHLAG

Der Bruder des zunächst flüchtigen geistlichen Richters Gholamresa Mansuri, der wegen Korruption angeklagt war und schließlich am 19. Juni vor einem Hotel in der rumänischen Hauptstadt Bukarest tot aufgefunden wurde, behauptet, sein Bruder sei ermordet worden. Mansuri, dem vorgeworfen wurde, jahrelang Bestechungsgelder erhalten und korrupte Straftäter geschützt zu haben, soll laut Staatsanwalt allein in einem einzigen Fall Bestechungsgelder in Höhe von 500.000 Euro erhalten haben.

Mansuri war zum Prozessbeginn nicht anwesend. Offiziell hieß es, er sei ins Ausland geflüchtet. Er selbst teilte per Video mit, dass er aus gesundheitlichen Gründen ins Ausland gereist sei und so bald wie möglich nach Teheran zurückkehren werde. Er hielt sich zunächst in Deutschland auf, danach reiste er nach Rumänien. Am 19. Juni teilte die Polizei in Bukarest mit, dass der 52-jährige Mansuri vor einem Hotel tot aufgefunden worden sei. Er sei offenbar aus einem Fenster im fünften Stock gestürzt. Alles deute auf Selbstmord. Die Staatsanwaltschaft erklärte, sie sei dabei, Unterlagen, Beweismaterial, darunter Videoaufnahmen auszuwerten. Später hieß es, die Obduktion habe ergeben, dass Mansuri wegen eines Aufpralls auf einer harten Fläche gestorben sei. Am 22. Juli wurde Mansuris Leichnam nach Iran gebracht. Wie die Agentur Isna berichtete, schickte die rumänische Polizei einen 29-seitigen Bericht mit, weigere sich jedoch auch Aufnahmen der Überwachungskameras frei zu geben. Das liefert der Gerüchteküche zusätzliche Nahrung. Ohnehin gab es zahlreiche Spekulationen, bis hin zu der Vermutung, Mansuri sei gar nicht tot und es habe überhaupt keine Leiche gegeben.

Nun spricht der Bruder von einem „Terroranschlag.“ Alle Angehörigen seien davon überzeugt, dass Mansuri niemals Selbstmord begehen würde, dass er getötet worden sei, weil einige befürchtet hätten, er würde vor Gericht „auspacken“ und Geheimnisse preisgeben.

COVID-19 STEIGT DRAMATISCH AN

Im Juli erlebte Iran einen dramatischen Anstieg der Zahl der Toten und Infizierten. Zu Beginn des Monats erklärte Präsident Hassan Rohani: „Ein Lockdown wie eine komplette Aufhebung der Lockerungen steht bis auf weiteres nicht auf der Agenda.“ Die Bürger sollten sich dem Umgang mit dem Virus anpassen. Vom 1. auf den 2. Juli gab es 150 Tote. Damit stieg die Gesamtzahl der Toten in Folge der Epidemie auf 11.106. Die Zahl der Infizierten lag nach Angaben des Gesundheitsministeriums bei 232.863. Unabhängige Beobachter schätzen, dass die Zahlen weit höher liegen als offiziell angegeben.

Die Lockerungen waren Ende Mai eingeleitet worden. Alle Branchen durften ihre Arbeit wieder aufnehmen. Es gab viel Kritik gegen die gewählte Strategie der Regierung. Doch Rohani vertritt die Auffassung, die Krise werde lange andauern. Längere Einschränkungen würden die Wirtschaft zugrunde richten. „Wir müssen es lernen, mit dem Virus zu leben,“ sagte er. Dennoch ordnete er am 4. Juli Maskenpflicht in Behörden und im öffentlichen Verkehr an. „Ohne Masken keinen Service mehr im öffentlichen Dienst,“ sagte er.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums vom 4. Juli stirbt in Iran alle 13 Minuten ein Corona-Patient, alle 33 Sekunden kommt es zu einer Neuinfektion. Am 5. Juli erreichte die Zahl der neuen Opfer des Corona-Virus mit 163 einen vorläufigen Rekord. Laut dpa sagte Masud Mardani, Mitglied der Corona-Taskforce, die Ergebnisse sichtprobenartiger Antikörper-Tests deuteten darauf hin, dass sich bereits 18 Millionen Iraner infiziert hätten. Am 7. Juli kletterte die Zahl der Toten innerhalb von 24 Stunden auf 200. Die Gesamtzahl der Toten lag bei 11.931. Laut AFP vom 7. Juli sagte die Sprecherin des Gesundheitsministeriums, der Verlauf der Corona-Krise sei auch „das Ergebnis unseres Verhaltens und aller unsere Handlungen.“ Tatsächlich haben die Menschen in Iran, insbesondere nach der Aufhebung der Einschränkungen, die Epidemie nicht mehr ernst genommen. Nun ordnete Rohani Verbot von Hochzeitsfeiern und Trauerzeremonien an. „Bis auf weiteres sind beide verboten,“ sagte er am 8. Juli. „Nur mit dem Einhalten der Vorschriften können wir beruhigt in den Herbst starten.“ Gerade die Feiern seien ein wichtiger Grund für den Anstieg der Infizierten und Toten gewesen, hieß es aus dem Gesundheitsministerium.

Am 9. Juli übte Gesundheitsminister Said Namaki scharfe Kritik an dem „leichten Umgang mit der Epidemie“ und daran, dass die Regierung keinen Plan habe, um die Wirtschaft trotz Einschränkungen weiterzuentwickeln. Er warnte davor, dass die finanziellen Probleme, Armut und Unsicherheit die Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigern und die Menschen zur Rebellion treiben könnten. Sollten die Verantwortlichen für die Gesundheit und das medizinische Personal angegriffen werden, werde er „auspacken und dem Volk Dinge mitteilen, die für manche Leute unangenehm werden könnten.“ Er stehe unter einem enormen Druck. „Ich bin darüber verärgert, dass wir den höchsten Verantwortlichen des Staates falsche Informationen geben, mit der Folge, dass dann falsche Entscheidungen getroffen werden. (...) Wir können nicht die müden und erschöpften Menschen zwingen in ihren Häusern zu bleiben. Das ist eine Tatsache, die wir akzeptieren müssen. Wir können die Händler nicht zwingen, ihre Läden zu schließen.“

Er habe es seit langem vermieden, öffentlich aufzutreten, weil „ich sauer bin, weil ich wütend bin,“ sagte der Minister. „Die Amerikaner haben abgesehen von mehreren Milliarden Dollar, die sie zur Unterstützung der Bevölkerung ausgegeben haben, allein 111 Milliarden Dollar in dem Bereich Gesundheit investiert. Auch die Briten haben 20 Milliarden

Dollar für Gesundheit ausgegeben. Ich habe von einer Milliarde Dollar, die der Revolutionsführer mir zugesagt hat, bis heute nur einen Bruchteil von 20 Prozent erhalten.“ Namaki fuhr fort: „Natürlich wissen wir, dass die Aufhebung der Einschränkungen die Zahl der Toten und Infizierten steigert. Uns ist auch bewusst, dass U-Bahn und Busse nur ein Drittel der Kapazität haben, die für die Beförderung der Fahrgäste nötig wäre. Aber wir haben kapituliert, weil unsere Wirtschaft zu schwach ist. (...) Ich habe bereits im Januar auf einer Sitzung vorgeschlagen, sämtliche Flüge nach und von China einzustellen. Ich bin ausgelacht worden. Wir haben keinen Plan.“

Namaki kritisierte, dass manche die Epidemie auf die leichte Schulter nehmen und appellierte an Wirtschaftsexperten: „Zeigt mir Wege, wie ich in dieser Lage das Land regieren könnte, ohne dass es demnächst wegen Armut und Hunger zu einer Rebellion kommt.“

Am 9. Juli meldete das Gesundheitsministerium neue Rekordzahlen. Innerhalb von 24 Stunden waren 221 Patienten gestorben, 2.000 Neuinfektionen wurden registriert. Am 12. Juli appellierte Revolutionsführer Ali Chamenei an die Bevölkerung, die Corona-Regeln einzuhalten. „Manche sind nicht einmal bereit, etwas so Einfaches wie das Tragen einer Schutzmaske zu befolgen,“ sagte er. „Es ist doch traurig und herzerreißend, wenn man jeden Tag im Fernsehen von 180, 200 oder sogar 220 Corona-Toten hört.“ Das Gesundheitsministerium gab am 15. Juli bekannt, dass 140 Ärzte und Pflegekräfte infolge der Corona-Krankheit gestorben sind. Rund 5.000 Mitarbeiter im Gesundheitsdienst hätten sich infiziert.

Die Regierung scheint der Lage nicht gewachsen zu sein. Sie macht einen verzweifelnden Eindruck. Am 11. Juli sagte Rohani auf einer Sitzung des Krisenstabs. „Das Einfachste wäre, dass wir alles schließen würden. Doch dann werden die Menschen wegen Hunger und Armut auf die Straße gehen (...). Jetzt ist nicht die Zeit von Feiern und Seminaren. Die Einkaufspassagen müssen strikt die Regeln beachten.“

Am 17. Juli ordnete das Gesundheitsministerium an, ab 18. Juli solle ein Drittel der Beamten von zuhause aus arbeiten. Auch Cafés und Teehäuser sollen schließen. Im Sport wurde nur der ersten Liga erlaubt, Wettkämpfe auszutragen. Am 18. Juli erklärte Rohani, einer Studie des Gesundheitsministeriums zufolge seien möglicherweise 25 Millionen Iranerinnen und Iraner bereits mit Covid-19 infiziert. Diese Zahl werde in den kommenden Monaten auf 30 bis 35 Millionen steigen. Das wären mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung (81 Millionen). Damit werde die Zahl der Infizierten, die stationär behandelt werden müssten, doppelt so hoch sein, wie in den vergangenen 150 Tagen. Niemand solle glauben, dass das Problem in wenigen Wochen gelöst sein werde, sagte der Präsident. Die Krankheit werde fort dauern, solange kein wirksamer Impfstoff dagegen vorhanden sei. „Wir sollten langfristig denken und uns jetzt schon auf das nächste Jahr vorbereiten.“

Noch negativer beurteilte Vizegesundheitsminister Idrisch Harirchi die Lage. Er sagte am 26. Juli der Nachrichtenagentur Isna: „Fast das ganze Land ist wegen Corona im Rot-Status, und die Lage ist gar nicht gut.“

Innerhalb der Staatsführung besteht keine Einigkeit. Daher sind die Maßnahmen nicht selten widersprüchlich. Gegenwärtig wird darüber gestritten, ob trotz der Corona-Krise die Aschura-Trauerfeiern Ende August stattfinden sollen. Während das Gesundheitsministerium sich dagegen ausgesprochen hat, mit der Begründung die Ansammlung von großen Menschenmassen würden mit Sicherheit zur erheblichen Steigerung der Infektionen führen, hat Rohani dem Druck des Klerus nachgegeben und sich für die Veranstaltungen entschieden.

Am 28. Juli registrierte das Gesundheitsministerium in 24 Stunden 235 Corona-Tote. Damit steigerte sich die Gesamtzahl auf 16.147 Tote, die der Infizierten lag bei fast 300.000.

Die Trauerfeiern und die Prüfungen an den Universitäten stehen bevor. Am 29. Juli erklärte der Stabschef des Präsidenten, Mahmud Vaesi, „die Prüfungen an allen Universitäten werden unter Einhaltung der Vorschriften definitiv stattfinden.“ Zugleich erklärt Gesundheitsminister Namaki: „Für die Trauerfeiern werden wir ein Veranstaltungsmuster präsentieren, das die Schiiten in allen Ländern der Welt über die Genialität Irans in Erstaunen versetzen wird. Wir wollen sowohl um den Tod unserer Heiligen trauern als auch der Welt ein Vorbild präsentieren, das in die Annalen der Geschichte eingehen wird.“

Die Vereinigung der Ärzte in Iran warnte in einem offenen Brief Rohani, die Universitätsprüfungen, an denen mehrere Millionen Studenten teilnehmen, sowie die Trauerfeiern zu veranstalten. „Wir warnen, die Zahl der Toten und Infizierten, wird schreckliche Ausmaße annehmen, weit schlimmer als zuvor.“ Die Unterzeichner schätzen, dass die Zahl der täglichen Toten bis auf 1.600 steigen könnte.

Am 31. Juli verordnete die Regierung ein vorübergehendes Reiseverbot für Touristen. Geschäftsleute können weiterhin einreisen, sie müssen jedoch einen negativen Corona-Test von einem international anerkannten Institut ihres Landes vorlegen, der nicht älter als 96 Stunden sein darf.

KULTUR

Iranischer Schriftsteller als Flüchtling in Neuseeland anerkannt / Zum Tode verurteilter Journalist Sam legt im Fernsehen Geständnisse ab / Protest gegen Untätigkeit des Teheraner Journalistenverbands

IRANISCHER SCHRIFTSTELLER ALS FLÜCHTLING IN NEUSEELAND ANERKANNT

Nachdem er Jahre lang auf einer abgelegenen Pazifikinsel in Zwangsgewahrsam verbracht hatte, erhielt der kurdisch-iranische Schriftsteller und Journalist Behrooz Boochani am 24. Juli, seinem 37. Geburtstag, die Nachricht, dass Neuseeland seinem Antrag auf Asyl zugestimmt habe. Der Autor des Romans „Kein Freund außer den Bergen“, der mehrere Preise für sein Werk erhielt, sagte laut dpa der Zeitung „The Guardian“: „Ich bin sehr glücklich, endlich etwas Sicherheit über meine Zukunft zu haben. Ich fühle mich erleichtert und endlich sicher.“

Boochani war 2013, nachdem die Redaktion der kurdischen Zeitung, für die er schrieb, von Sicherheitsbeamten gestürmt wurde und einige seiner Journalistenkollegen festgenommen wurden, zunächst nach Indonesien geflüchtet. Dann versuchte er von dort aus mit einem Boot nach Australien zu kommen. Doch das Boot wurde von einem australischen Kriegsschiff abgefangen. Boochani wurde dann auf eine Insel im Norden von Papua-Neuguinea gebracht, wo Menschen, die nach Australien flüchten wollen, festgehalten werden. Er verbrachte sechs Jahre dort. Durch zahlreiche Fotos und Informationen, die er an die Medien schickte, machte er auf die verheerenden Zustände des Geflüchtetenlagers aufmerksam. 2019 gelang es ihm endlich, nach Neuseeland zu reisen. Während seines Aufenthalts auf der Insel schickte er auf Handy immer wieder kleine Teile seines Buchs „Kein Freund außer den Bergen“ an seinen Übersetzer, bis alle Teile beisammen waren und als Buch erscheinen konnten. Das Buch erhielt dann den höchsten Literaturpreis, den Australien zu vergeben hat. Danach wurden ihm andere Preise zuteil. Das Buch trägt den Untertitel: „Eine Schrift aus den Gefängnis Manus.“

Golriz Ghahreman, Sprecherin für Menschenrechte und Einwanderung in Neuseeland, sagte: „Menschen, die aufgrund ihrer Religion, Rasse und ihres politischen Aktivismus der Folter und der Verfolgung entkommen, verdienen einen Ort, den sie ihr Zuhause nennen können.“ Und die Grüne Partei Indonesiens erklärte: „Heute feiern wir Neuseeland als einen Ort, an dem Fairness und Mitgefühl vorherrschen.“

ZUM TODE VERURTEILTER JOURNALIST SAM LEGT IM FERNSEHEN GESTÄNDNISSE AB

Das staatliche Fernsehen sendete wenige Tage nach dem Todesurteil gegen den Journalisten Ruhollah Sam ein „Gespräch“ mit ihm, das der Sender als „offenes Gespräch“ bezeichnete. Die Aufnahme wurde im Gefängnis aufgezeichnet. Doch der Moderator sagte zu Beginn, damit wir frei sprechen können, haben wir das Gespräch außerhalb des Gefängnisses geführt.

Auf die Frage ob der Sender „Amad News“, den Sam in Frankreich leitete, die Unruhen in Iran beeinflusst habe, antwortete Sam: „Sie sprechen von Unruhen, wir von Protesten.“ Er betonte, er habe mit seinem Sender die Islamische Republik kritisiert, weil er gedacht habe, es könnte eine Entwicklung zu einem besseren Staatssystem geben. Bei dem Vorwurf, er habe gegen das Volk Verrat geübt, sagte Sam, seine Tätigkeit sei ein „mediales Irrtum“ gewesen, kein Verrat. Auch auf den Vorwurf, er habe die Menschen in Gefahr gebracht, entgegnete er, es sei die eigene Entscheidung der Menschen gewesen, auf die Straße zu gehen.

Der Nachrichtenkanal „Amad News“ verbreitete zum Teil sensationelle Nachrichten, die den Angaben des Kanals zufolge teilweise aus engsten Kreisen der iranischen Führung stammten. Ein Großteil der Meldungen war falsch. Dennoch genoss der Kanal eine gewisse Popularität, zuletzt hatte er 1,4 Millionen Abonnenten.

Sam war im Oktober vergangenen Jahres von Paris nach Bagdad gelockt worden. Von dort aus wurde er von iranischen Revolutionsgarde nach Teheran entführt. Am 30. Juni teilte die Justiz mit, dass er zum Tode verurteilt worden sei.

Bei dem Gespräch wird Sam gedrängt, die Namen von Personen zu nennen, die ihn aus den Kreisen der Staatsführung informiert hätten. Sam sagte, es sei nicht angebracht, Namen zu nennen, denn es sei möglich, dass die Nennung „großer Namen“ zu neuen Anklagen führen würden. Viele User in den sozialen Medien protestierten gegen die Sendung, die sie als eine Form von Folter bezeichneten, mit der Begründung, Sam habe sicherlich nicht freiwillig an dem Gespräch teilgenommen. Sam verteidigte in dem „Gespräch“ sein ursprüngliches Ziel, gegen die weit verbreitete Korruption zu kämpfen. Zugleich gestand er, Fehler begangen zu haben.

Mohammad Ali Sam, der Vater des Journalisten, der ein bekannter Geistlicher ist, schrieb in einem Brief an Justizchef Ebrahim Raisi, sein Sohn habe keine Gelegenheit gehabt, alleine mit seinem Anwalt zu sprechen. Bei jedem Treffen seien Sicherheitsbeamte dabei gewesen. „Wie kann ein Gefangener, der neun Monate lag isoliert, ohne jeglichen Kontakt nach außen, ohne eine Nachricht von seiner Frau und seine Töchter, die im Ausland leben, ohne telefonischen Kontakt oder Besuch seiner Eltern und sogar ohne die Möglichkeit, alleine mit seinem Anwalt zu sprechen, wie kann ein Gefangener in dieser Lage noch die Fähigkeit haben, sich zu verteidigen?“ schrieb der Vater. „Wie gerecht ist es, einen Menschen, der keinen Rechtsbeistand hat und sich selbst nicht verteidigen kann, zum Tode zu verurteilen.“

PROTEST GEGEN UNTÄTIGKEIT DES TEHERANER JOURNALISTENVERBANDS

Zahlreiche Journalisten haben in einer öffentlichen Erklärung dem Teheraner Journalistenverband vorgeworfen, seit Jahren ihre Aufgaben, die Rechte der Journalisten zu verteidigen und ihre Interessen wahrzunehmen, vernachlässigt zu haben. Er sei untätig gewesen, obwohl gerade in den letzten Monaten Duzende Journalisten zu Unrecht entlassen worden. Die Zusammensetzung des Vorstandsvorstands, der ausschließlich aus Arbeitgebern bestehe, habe dazu geführt, dass Entlassungen, unhaltbare Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne ignoriert worden seien.

In der Erklärung heißt es: „Täglich sind wir Zeuge dominoartiger Entlassungen von Journalisten. Die Betroffenen haben keine richtigen Verträge und kaum Rechte, die sie verteidigen könnten. Die Entlassung geschieht im Stillen, die Journalisten werden zur Arbeitslosigkeit und Isolierung verdammt. Niemand kümmert sich um sie. Sie hatten sich mit niedrigen Löhnen begnügt, um arbeiten zu können. Mit ihrer Entlassung stehen sie mit leeren Händen da, ohne Ersparnisse, ohne Verträge, mit denen sie Arbeitslosengeld fordern könnten. Selbst in den Fällen, in denen sie ein Recht auf Abfindung hätten, kommen sie bei Gerichten nicht durch, weil die Gerichte unter dem Einfluss der Arbeitgeber stehen. Es gibt keine Interessenvertretung, die sie unterstützen könnte. Das höchste, was der Teheraner Verband der Journalisten unternimmt, ist Bedauern und Trösten. Wozu brauchen wir einen Verein, der unsere Interessen nicht vertritt?

Wir hatten erwartet, dass der Verein, die Probleme der Journalisten erkennt, die Journalisten unterstützt und sich aktiv um Lösungen bemüht. Der Verein behauptet, sich für die Belange der Journalisten einzusetzen, er versuche durch Kontakte mit leitenden staatlichen Stellen, Forderungen durchzusetzen. Doch solche Versuche „von oben“ haben bisher nicht in einem einzigen Fall zum Erfolg geführt. Diese Umstände und die miserable Lage haben einige Journalisten veranlasst, folgenden Fragen an den Vereinsvorstand zu stellen:

Warum gibt es keine konkreten Berichte über die Aktivitäten des Vereins, über die angeblichen Verhandlungen, die geführt werden, über die Entscheidungen des Vorstands? Warum werden wir nicht über die Fälle informiert, für die sich der Verein angeblich um Lösungen bemüht? Weshalb erfahren wir nicht, wie die Abstimmungen im Vorstand verlaufen und zu welchen Ergebnissen sie führen? Wie kommen die Stellungnahmen des Vereins zustande, zum Beispiel die Stellungnahme zu den jüngsten Entlassungen, unter anderem über die bei der Zeitung Schargh?

Wieso werden wir nicht über die finanziellen Unterstützungen informiert, die der Verein erhält? Wer sind die direkten und indirekten Unterstützer des Vereins? Haben diese Unterstützungen Einfluss auf die Arbeit des Vereins?

Ist der Verein bei der Vergabe von finanzieller Unterstützung von 100 Milliarden Tuman, die das Arbeitsministerium im Zuge der Corona-Krise für die Medien angekündigt hat, mitberücksichtigt worden? Wenn ja, hat dann der Verein sich dafür eingesetzt, dass die Gelder gerecht verteilt werden? Wenn nein, warum hat der Verein nicht dagegen protestiert?

Laut Satzung des Vereins dürfen Herausgeber, Chefredakteure oder andere Arbeitgeber nicht Mitglieder des Vereins werden. Warum wurde gegen diesen Grundsatz verstoßen? Zudem haben einige Vorstandsmitglieder Tätigkeiten bei der Regierung übernommen. Wie lässt es sich rechtfertigen, dass sie, obwohl sie nicht mehr als Journalisten tätig sind, ihre Mitgliedschaft im Verein beibehalten dürfen?

Der Verein behauptet, sich für die Belange der Journalisten einzusetzen, wenn diese dem Vorstand gemeldet würden. Abgesehen davon, dass der Verein sich von sich aus um die

Belange der Journalisten kümmern müsste, ist zu fragen, wann und wie sich der Verein für die Belange der Journalisten tatsächlich eingesetzt hat, die ihm gemeldet wurden?

Was hat der Verein gegen Arbeitgeber unternommen, die den festgesetzten Mindestlohn für Journalisten unterschritten haben?

Wie oft hat der Verein den Mitgliedern im Streit mit den Arbeitgebern Rechtsbeistand gewährt?

Wir erwarten, dass der Vorstand auf einer Vollversammlung diese Fragen beantwortet. Vollversammlungen sind bisher eine Seltenheit gewesen. Tatsache ist, dass der Vorstand getrennt von den Mitgliedern ein Eigenleben führt, was dem Sinn und Zweck eines Vereins vollkommen widerspricht.“

WIRTSCHAFT

Strategisches Abkommen mit China geplant / Iran droht mit Ausstieg aus dem Atomabkommen / Iran verlangt von Südkorea Freigabe gesperrter Gelder / Frist für den Rücktransfer der Devisen

STRATEGISCHES ABKOMMEN MIT CHINA GEPLANT

Laut offiziellen Angaben der Regierung plant Iran ein 25-jähriges, umfassendes Abkommen mit der Volksrepublik China. Das gab Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif am 5. Juli im iranischen Parlament bekannt. Zuvor hatte der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Staatsführung vor einem „geheimen 25-jährigen Abkommen mit einem ausländischen Staat“ gewarnt, das ohne Wissen Bevölkerung abgeschlossen worden sei. „Jedes Abkommen, das im Geheimen und ohne Rücksicht auf den Willen des Volkes abgeschlossen wird, ist ungültig,“ sagte er.

Tatsächlich hatte die Regierung einige Tage zuvor auf einer Kabinettsitzung dem Rahmen des Abkommens zugestimmt. Zu den Äußerungen Ahmadinedschads sagte der Sprecher des Außenministeriums, es sei nicht verwunderlich, dass die „strategische Zusammenarbeit zwischen Iran und China auch Feinde hat. (...) Wir sind stolz auf das 25-jährige Abkommen mit China, das strategisch betrachtet für uns viele Vorteile bringt.“

Nichts an den Verhandlungen sei geheim, sagte Sarif vor dem Parlament. Die Regierung werde die Bürger darüber informieren, sobald das Abkommen unterzeichnet werde. Der Abgeordnete Mahmud Ahmadi Bighasch sagte, der Text des Abkommens müsse den Abgeordneten vorgelegt werden. „Handelt nicht so wie bei dem Atomabkommen,“ sagte er an den Außenminister gerichtet. Zudem solle die Regierung das Parlament detailliert über ihre Absichten und Pläne informieren. „Unsere Außenpolitik ist einseitig,“ sagte er. „Sieben Jahre lang haben wir das Schicksal unseres Landes an das Atomabkommen geknüpft. Am Ende haben die USA ihre eiserne Faust aus den Samthandschuhen herausgenommen. Erst jetzt haben wir gemerkt, was für einen Bären sie uns aufgebunden haben. Vielleicht wollten wir das. Dann haben wir auf Europa gewartet. Doch Europa ist heute dabei, uns bei der Internationalen Atomorganisation anzuklagen. Über die Märkte um uns herum will ich gar nicht sprechen. Ich erhoffe mir nichts von unserer Wirtschaftspolitik. Wir müssen aktiv werden,“ sagte der Abgeordnete.

Die Ankündigung des Abkommens hat heftige Kontroversen sowohl in Iran als auch im Ausland ausgelöst. Ali Agha Mohammadi, Mitglied des Schlichtungsrats und Berater des Revolutionsführers, verteidigte das Abkommen und bezeichnete China als „strategischen Partner“ Irans. China habe in den vergangenen Jahren Iran unterstützt und beim Ausbau der Infrastruktur entscheidend mitgewirkt, sagte er.

Details des Abkommens sind nicht bekannt. Revolutionsführer Ali Chamenei hatte bei einem Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping am 22. Januar 2016 zum ersten Mal von einem langfristigen Abkommen mit China gesprochen. „Eine 25-jährige strategische Zusammenarbeit mit China wäre völlig in Ordnung und klug,“ sagte er und fügte hinzu: „Wir werden die Unterstützung Chinas in der Zeit der Sanktionen niemals vergessen.“ Mohammadi sagte, das Abkommen werde alle Bereiche wie Öl, Gas, Elektrotechnik, aber auch die Bereiche Kultur und Wissenschaft umfassen. Iran müsse seinen Ölexport auf 10 Millionen Barrel pro Tag steigern und benötige deshalb strategische Partner.

Offenbar ist das Abkommen bisher noch nicht unterzeichnet. Mohammadi, der einen wirtschaftlichen Beraterstab Chameneis leitet, sagte weiter: „Irgendwann war das Dokument fertig und alles zur Unterzeichnung vorbereitet, doch es wurde von vielen verhindert.“ Er verwies auf Ahmadinedschad, der „eine falsche Auffassung von dem Abkommen hatte und sich daher dagegen stellte.“ „Auch westliche Staaten, insbesondere die Briten, und einige im Inland wollten nicht, dass das Abkommen zustande kommt,“ sagte Mohammadi.

Regierungssprecher Ali Rabii sagte am 22. Juli der Presse, das Abkommen beweise, dass „die Politik der USA, Iran zu isolieren und seine internationalen Beziehungen zu verhindern, gescheitert ist.“

Der bekannte Journalist Ahmad Seydabadi meint, das Abkommen bedeute nicht, dass die Islamische Republik sich nun dem Osten zugewandt habe. „Es bedeutet vielmehr ein Abschied von 40 Jahren iranischer Außenpolitik.“ China möchte zu allen Staaten der Region gute Beziehungen haben, unter anderem zu Saudi-Arabien und Israel. „Aus iranischer Sicht muss Israel vernichtet werden. Das ist der Kernpunkt der Konflikte mit den USA und ihren Verbündeten.“ Nach dem Abkommen werde Iran gezwungen sein, diese Position aufzugeben und sich der Politik Chinas anzuschließen, meint Seydabadi. Es bleibt nur noch die Frage, schreibt er, ob Iran sich dem Osten zuwendet, um die USA und die Europäer zu warnen und sie dazu zu bewegen, die Sanktionen zurückzunehmen, oder ob Iran keinen anderen Ausweg hat, als sich China anzuschließen?

In den sozialen Netzwerken meldeten sich zehntausende wütende Userinnen und User, die vom Ausverkauf des Landes an China sprachen. Mit dem Abkommen werde sich Iran in die Abhängigkeit Chinas begeben, hieß es. Früher seien es die Briten und die Amerikaner gewesen, in Zukunft werden es die Chinesen sein, die Iran ausbeuten werden, war der Tenor der Reaktionen auf das angekündigte Abkommen.

IRAN DROHT MIT AUSSTIEG AUS DEM ATOMABKOMMEN

Einem Bericht der dpa vom 29. Juli zufolge drohte Iran mit Ausstieg aus dem Atomabkommen, falls das Waffenembargo gegen das Land nicht im Oktober aufgehoben wird. Die Aufhebung wurde 2015 in der UN-Resolution 2231 vereinbart. „Die Aufhebung des Waffenembargos ist eine der wichtigsten Verpflichtungen im Atomdeal,“ twitterte Mahmud Waesi, Stabschef des Präsidenten. „Ohne dies wird es auch keinen Atomdeal mehr geben.“ Die Verantwortung liege dann bei den Vertragspartnern.

IRAN VERLANGT VON SÜDKOREA FREIGABE GESPERRTER GELDER

Seit Wochen schon zeigt sich die iranische Regierung verärgert darüber, dass Südkorea sich weigert, gesperrte iranische Gelder freizugeben. Sie drohte sogar bei zuständigen internationalen Instanzen eine Klage gegen das Land einzureichen. Es handelt sich um eine Summe von rund sieben Milliarden US-Dollar, die Iran für den Verkauf von Öl an

Südkorea erhalten sollte. Sie liegen bei zwei Banken in Seoul. Sie sind gesperrt, Iran kann über sie nicht verfügen. Südkorea begründet die Sperrung mit amerikanischen Sanktionen gegen Iran.

Abbas Mussawi, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, erklärte, sollten die diplomatischen Bemühungen um die Freigabe der Gelder scheitern, werde sich Teheran an internationale Gerichte wenden. „Das Herr-Knecht-Verhältnis zwischen den USA und Südkorea ist ihre Sache, es geht uns nichts an. Südkorea muss seinen Verpflichtungen nachkommen und die Gelder, die Iran gehören, frei geben.“

Daraufhin bestellte das Außenministerium in Seoul den iranischen Botschafter in Korea, Said Badamtschi Schbastari ein, um gegen die Drohungen aus Teheran zu protestieren. Der Sprecher des Ministeriums teilte danach mit, laut dem Botschafter strebe Iran eine friedliche Lösung des Problems an. Die Äußerungen Mussawis sollten nicht als offizielle Position der iranischen Regierung verstanden werden.

Am 21. Juli erklärte Irans Regierungssprecher Ali Rabii gegenüber der Presse: „Das Bemühen des Außenministeriums und der Zentralbank hat dazu geführt, dass nun die Freigabe unserer Guthaben aus zwei Ländern erfolgen kann, so, dass wir in Kürze über die Devisen verfügen können.“ Um welche Länder es sich handelt, sagte er nicht. Allerdings hatte Rabii bereits vor einem Monat Ähnliches angekündigt.

Devisen sind in Iran nach dem drastischen Fall der iranischen Währung äußerst knapp geworden. Dafür gibt es einige Gründe. Erstens haben die US-Sanktionen zum drastischen Rückgang des Öl-Exports geführt. Selbst wenn es Iran gelingt, trotz des Embargos das Öl auf Umwegen zu exportieren, ist es kaum möglich, die Einnahmen in Form von Devisen ins eigene Land zu transferieren. Zweitens gibt es kaum größere Banken und Finanzinstitute, die bereit wären, Geschäfte mit Iran abzuwickeln, weil sie befürchten, dafür von den USA bestraft zu werden. Ein weiterer Grund ist die unvorstellbare Korruption. Bankdirektoren, Regierungsbeamte, Militärs und die mit ihnen liierten Geschäftsleute haben auf krummen Wegen Devisen im Werte von hunderte Milliarden Dollar ins Ausland geschmuggelt.

Südkorea hat enge Beziehungen zu den USA, gehörte aber auch zu den wichtigsten Handelspartnern Irans. Eine Zeit lang hatte das Land von den USA eine Sondergenehmigung zum Import von Öl aus Iran erhalten. Danach stellte das Land das Ölgeschäft mit Iran ein. Seitdem ist das Verhältnis beider Staaten belastet.

FRIST FÜR DEN RÜCKTRANSFER DER DEVISEN

Abdolnasser Hemmati, Chef der iranischen Zentralbank, kündigte am 6. Juli an, die Frist für den Rücktransfer der Devisen, die aus dem Exportgeschäft eingenommen wurden, laufe in den nächsten zwei Wochen ab. Sie werde unter keinen Umständen verlängert werden, notierte er auf Instagram.

Die Unsicherheit der Lage des Landes hat dazu geführt, dass viele Exporteure, die aus dem Handel mit dem Ausland erzielten Deviseneinnahmen, oder einen Großteil davon, nicht nach Iran transferieren, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Nun sollen laut Hemmati alle, die sich weigern ihren Pflichten nachzukommen, gerichtlich verfolgt werden.

Vizepräsident Eshagh Dschahangiri hatte kürzlich gesagt, die Öleinnahmen Irans hätten vor dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen bei mehr als hundert Milliarden Dollar gelegen, im vergangenen Jahre habe Iran nur noch acht Milliarden Dollar aus dem Öllexport eingenommen. Medienberichten lassen Exporteure, im besten Fall, ein Viertel ihrer Deviseneinnahmen nach Iran fließen. Das bestätigte auch das Wirtschaftsministerium. Demnach seien von 40 Milliarden Dollar im Außenhandel erzielter

Devisen lediglich 10 Milliarden Dollar zurücktransferiert worden. Die verbliebenen 30 Milliarden Dollar seien nicht einmal in Form von Gütern ins Land zurückgeflossen. Die Zentralbank hatte kürzlich gedroht, Namen von Exporteuren, die Devisen auf ihre ausländischen Konten horten, öffentlich bekannt zu geben.

Vor dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen mussten die Exporteure die eigenommenen Devisen innerhalb von dreißig Tagen rücktransferieren, um von Steuerzahlung befreit zu werden, danach wurde die Frist auf vier Monate verlängert. Seit März dieses Jahres erlebt der iranische Devisenmarkt immer wieder Turbulenzen. Im März wurde der Dollar mit 16.000 Tuman gehandelt, vier Monate später kletterte der Preis auf 22.000 Tuman.

Hemmati kündigte auf Instagram an, der Dollar werde bald mit der Freigabe der gesperrten Guthaben der Zentralbank im Ausland zu seinem „normalen Preis“ zurückkehren und die derzeitigen Devisenprobleme Irans, die nicht zuletzt Corona-bedingt seien, würden gelöst werden.

AUSSENPOLITIK

Sarif zu Besuch in Bagdad / Sarif zu Besuch in Moskau / Biden will zum Atomabkommen zurückkehren / Netanjahu: „Wir dulden keine iranischen Kräfte an nördlichen Grenzen Israels“ / US-Kampffjet gefährdet iranische Passagiermaschine / Iran und Syrien vereinbaren militärische Kooperation / Unterirdische Raketenstädte am Golf / Militärmanöver löst bei US-Streitkräften Alarmbereitschaft aus / Expertin verurteilt Anschlag gegen General Soleimani / Hook plädiert für Verlängerung des Waffenembargos gegen Iran / Diplomat wegen „terroristischer Aktivitäten“ in Belgien angeklagt / US-Gericht ordnet Beschlagnahme iranischer Öltanker Richtung Venezuela an

SARIF ZU BESUCH IN BAGDAD

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif reiste am 19. Juli zu einem Treffen mit seinem Amtskollegen Fuad Hussein, dem Ministerpräsidenten Mustafa Al-Kadhimi und dem Staatspräsidenten Barham Saleh nach Bagdad. Zuvor hatte Bagdad bekannt gegeben, dass Al-Kadhimi am 20. Juli mit einer hochrangigen Delegation Saudi-Arabien besuchen werde.

Nach seinem Eintreffen auf dem Bagdader Flughafen besuchte Sarif zunächst in der Nähe des Flughafens die Stelle, an der der iranische General Ghassem Soleimani von amerikanischen Raketen getötet worden war. Der Tod Soleimanis sei ein großer Verlust, vor allem beim Kampf gegen den Islamischen Staat (IS), sagte Sarif.

Ziel des Besuchs Sarifs war laut dem Sprecher des Außenministeriums, Abbas Mussawi, „die Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten.“ Themen der Gespräche, die Sarif führen werde, seien die Konflikte in der Region sowie „Nutzung aller Möglichkeiten, die beiden Staaten zum Vorteil dienen“ könnten.

Sarif würdigte die guten Beziehungen zwischen Teheran und Bagdad. Auch Iraks Außenminister lobte die gut nachbarschaftlichen Beziehungen und fügte hinzu: „Wir betonen, dass wir ausgewogene Beziehungen mit allen Nachbarstaaten haben wollen, auf Grundlage irakischer Interessen, gegenseitiger Interessen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Wir betonen die Notwendigkeit, die Region und Irak aus internationalen Spannungen herauszuhalten und die irakische Souveränität zu schützen.“

Die angekündigte Reise der irakischen Delegation nach Saudi-Arabien und die Tatsache, dass Sarif einen Tag zuvor in Bagdad Gespräche führte, verstärkten die Vermutung, Irak sei um Vermittlung zwischen Teheran und Riad bemüht. Wie irakische Zeitungen berichteten, wollte Kadhimi in Riad den saudischen Prinzen Mohammad Ben Salman treffen und anschließend zu einem Gespräch mit dem iranischen Revolutionsführer Ali Chamenei nach Teheran fliegen. Doch sein Besuch in Riad wurde am Tag seiner Abreise abgesagt, weil der saudische König Salman wegen einer Krankheit ins Krankenhaus gebracht wurde. Der saudische Außenminister gab bekannt, dass der Besuch nach der Entlassung des Königs aus dem Krankenhaus nachgeholt werde.

Mussawi, der Sarif begleitete, erklärte in Bagdad, Iran sei stetes zu Gesprächen mit allen Staaten der Region bereit. Es gebe außer Dialoge keine andere Möglichkeit, um die Probleme der Region zu lösen, sagte er der Agentur Irna. „Wir haben uns mehrmals um Gespräche mit Saudi-Arabien bemüht und unsere Standpunkte zur Lösung der Konflikte dargelegt. Es hängt nun davon ab, wie die Verantwortlichen in Riad auf unsere Initiativen und Vorschläge reagieren werden.“

Am 21. Juli traf Iraks Ministerpräsident, begleitet von mehreren Ministern, zu Gesprächen mit der iranischen Führung in Teheran ein. Es war der erste Auslandsbesuch Al-Kadhimis nach seiner Amtsübernahme im Mai. Er wurde zunächst von Präsident Hassan Rohani und danach vom Revolutionsführer Ali Chamenei empfangen. Rohani bezeichnete den Besuch als „Wendepunkt“ in den Beziehungen zwischen Teheran und Bagdad. Al-Kadhimi betonte, sein Land werde verhindern, dass aus dem Irak Gefahren gegen Iran ausgehen. Damit meinte er, dass er den USA nicht erlauben werde, von ihren Stützpunkten im Irak aus, Iran anzugreifen, ebenso wenig, wie er der israelischen Luftwaffe gestatten werden über Irak zu fliegen.

Teheran befürchtet, dass Bagdad unter dem Druck der USA versuchen wird, Irans Einfluss in dem Nachbarland zu schmälern. Tatsächlich scheint die neue Regierung in Bagdad bestrebt zu sein, sich immer mehr aus den Konflikten herauszuhalten und gegenüber den Nachbarstaaten eine neutrale Position einzunehmen. Die Außenpolitik Iraks basiere auf „Balance und der Vermeidung irgendeiner Anpassung.“ Dazu gehört auch der Versuch, zwischen Teheran und Riad, beziehungsweise zwischen Teheran und Washington, zu vermitteln. Kadhimi hat sich nach dem Besuch in Teheran zu Gesprächen nach Washington begeben.

SARIF ZU BESUCH IN MOSKAU

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif reiste zum dritten Mal innerhalb der letzten sechs Monate zu Gesprächen nach Moskau. Hauptziel seines Besuchs war die Verlängerung des umfassenden Abkommens zwischen Iran und Russland. Das Abkommen, das am 12. März 2001 zwischen dem damaligen Präsidenten Mohammad Chatami und Präsident Wladimir Putin unterzeichnet wurde, umfasst wirtschaftliche, militärische und kulturelle Bereiche. Es wurde bisher zweimal verlängert. Es läuft im März kommenden Jahres aus, wird aber, sollten beide Seiten nichts dagegen einzuwenden haben, erneut verlängert. Sarif sagte dem staatlichen Agentur Irna: „Wenn unsere russischen Freunde einverstanden wären, könnten wir ein noch umfassenderes langfristigeres Abkommen vereinbaren.“

Während Sarif sich in Moskau aufhielt, erklärte Irans Botschafter in Russland, Kasem Dschalali, sein Land sei am Kauf von Waffen aus Russland zur Verstärkung des militärischen Potentials Irans interessiert. Laut dem Atomabkommen, werden im Oktober dieses Jahres die UN-Sanktionen gegen Waffenimporte nach bzw. Waffenexporte aus Iran aufgehoben. Es wird vermutet, dass Iran danach, vor allem aus Russland, aber auch aus anderen Ländern, reichlich Waffen importieren wird. Die USA wollen dies nach eigenen Angaben mit allen Mitteln verhindern. Die Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, Russland und

China, haben bereits angekündigt, gegen eine Verlängerung der Sanktionen zu stimmen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat kürzlich in einem Brief an den UN-Generalsekretär seine Gründe für die Ablehnung erläutert. Sarif bedankte sich für „die eindeutige Stellungnahme.“ Auch mit China plant Iran ein umfassendes 25-jähriges Abkommen. (siehe Bericht auf Seite 16)

BIDEN WILL ZUM ATOMABKOMMEN ZURÜCKKEHREN

Joe Biden, der Kandidat der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen in den USA, hat sein Programm, das er im Falle seines Sieges umsetzen will, am 23. Juli veröffentlicht. Darin erklärt er, dass er Versuche der USA zu einem Regimewechsel in Iran ablehne und eine Rückkehr zum Atomabkommen von 2015 veranlassen wolle. Der amtierende Präsident Donald Trump hatte im Mai 2018 die Mitgliedschaft der USA gekündigt und seitdem immer härtere Sanktionen gegen Iran angeordnet. Biden möchte seinem Programm zufolge den militärischen Einsatz der USA im Ausland soweit wie möglich reduzieren, zum Beispiel in Afghanistan, und die Probleme auf diplomatischem Weg lösen. Biden war unter Präsident Obama Vizepräsident und ein begeisterter Verteidiger des Atomabkommens mit Iran gewesen. Das nun veröffentlichte Programm ist nicht endgültig. Es bedarf noch der Zustimmung der Vollversammlung der Demokratischen Partei, die im nächsten Monat tagen wird.

Laut des Programms werden die Demokraten von dem vom Präsident Trump eingeschlagenen Weg, „Krieg gegen Iran“ abkehren und diplomatischen Aktivitäten und Bemühungen zur Deeskalation der Konflikte den Vorzug geben. Die Demokraten seien überzeugt, dass die USA nicht versuchen sollten anderen Ländern bestimmte Regime aufzuzwingen. Damit gehöre ein Regimewechsel in Iran nicht zu den Aufgaben und Zielen der Vereinigten Staaten. Das Programm würdigt das Atomabkommen, das „den Beginn diplomatischer Beziehungen bilden sollte, nicht deren Ende.“ Auf dieser Grundlage sollen die Verhandlungen mit Iran fortgesetzt werden, nicht nur über das iranische Atomprogramm, sondern auch über Iran „bedrohliche Aktivitäten im Ausland,“ „Repressalien im Inland“ und das Raketenprogramm.

Zu Afghanistan heißt es, die militärische Einmischung in den zwei Jahrzehnten habe rund fünf Trillionen Dollar und eine halbe Million Menschenleben gekostet. Es werde Zeit, den „permanenten Auseinandersetzungen“ ein Ende zu setzen. Der Krieg in Afghanistan ist bislang der längste Krieg, an dem die USA beteiligt gewesen sei. Die jüngsten Soldaten, die derzeit in Afghanistan eingesetzt seien, waren zu Beginn des Krieges noch nicht geboren. Die Demokraten wollen der Diplomatie den Vorzug geben, regionale Verbündete stärken, um die militärische Präsenz der USA im Ausland erheblich zu reduzieren.

NETANJAHU: „WIR DULDEN KEINE IRANISCHEN KRÄFTE AN NÖRDLICHEN GRENZEN ISRAELS“

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu warnte Iran, seine militärischen Kräfte nahe der nördlichen Grenzen Israels zu stationieren. „Das werden wir niemals dulden,“ sagte er am 26. Juli auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv. Mit Blick auf das Mitglied der libanesischen Hisbollah, das bei einem israelischen Luftangriff auf Syrien getötet wurde, sagte der Ministerpräsident, Libanon und Syrien seien für jeden Angriff auf Israel verantwortlich, der von ihrem Territorium ausgehe. Eine Woche zuvor waren einige Personen in der Umgebung von Damaskus ums Leben gekommen, darunter Ali Kamel Mohsen, ein Mitglied der libanesischen Hisbollah.

Die Führung der Hisbollah hat Israel immer wieder vor solchen Angriffen gewarnt und mit Rache gedroht. Um möglichen Anschlägen vorzubeugen, verstärkte Israel seine militärische Präsenz an den nördlichen Grenzen des Landes und erklärte, es werde, wenn

es nötig werden sollte, weitere Maßnahmen treffen. Netanjahu berichtete, dass er permanent mit dem Sicherheitsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Verbindung stehe. „Israel ist auf jede Reaktion und jede Drohung vorbereitet,“ sagte er. „Wir werden niemals erlauben, dass unserer Sicherheit Schaden zugefügt wird und unsere Bürger bedroht werden.“

Israel macht Iran für die Aktivitäten der Hisbollah und anderer militanter Gruppen in Syrien und Libanon verantwortlich. Zudem hat Israel mehrmals erklärt, dass es iranische Militärstützpunkte in Syrien nicht dulden werde. Immer wieder werden iranische Stützpunkte sowie Stützpunkt der Verbündeten Irans aus der Luft angegriffen. Der letzte Angriff am 14. Juli jenseits der israelischen Grenze auf syrischem Territorium, gehörte zu den seltenen Fällen, in denen Israel die Verantwortung übernahm. Dies sei eine Antwort auf die Granatenwürfe auf den Golanhöhen gewesen, hieß es.

US-KAMPFJET GEFÄHRDET IRANISCHE PASSAGIERMASCHINE

Medienberichten zufolge kam am 24. Juli ein US-Kampfflieger einer über Syrien fliegenden iranischen Passagiermaschine so nah, dass der Pilot Ausweichmanöver starten musste. Dabei erlitten mehrere Passagiere Verletzungen.

Zunächst hatte das iranische Fernsehen über den Vorfall berichtet und Amateuraufnahmen gezeigt. Auf dem Video waren schreiende Passagiere zu sehen. Der Pilot der Mahan Air habe auf die „gefährliche Aktion des israelischen Kampffjets“ einen Sinkflug eingeleitet, berichtete IRIB. Es sei eine „gefährliche Provokation“ gewesen. Das Flugzeug befand sich auf dem Weg von Teheran nach Beirut. Nach dem Vorfall setzte es den Flug fort und kam unversehrt in Beirut an. Laut dem Bericht des iranischen Fernsehens erklärte das US-Zentralkommando Centcom, das Kommando habe „bei einem Routineflug eine Sichtkontrolle eines Passagierflugzeugs der Mahan Air in einem Sicherheitsabstand von etwa 1.000 Metern“ vorgenommen. „Das professionelle Abfangen wurde in Übereinstimmung mit internationalen Standards ausgeführt.“

Sowohl die USA als auch Israel werfen Mahan Air vor, Waffen für Irans Verbündeten Kämpfer in Syrien zu transportieren. Die USA verhängten daher 2012 Sanktionen gegen die Fluggesellschaft, die ihrer Ansicht nach mit den Revolutionsgarden zusammenarbeitet. Der Pilot, der die Passagiermaschine steuerte, berichtete, dass er die Piloten der zwei Kampffjets aufgefordert habe, den nötigen Abstand einzuhalten. Dabei habe er festgestellt, dass es sich um Amerikaner und nicht, wie zunächst vermutet, Israelis gehandelt habe.

Iran legte bei der UNO Protest ein. Abbas Mussawi, Sprecher des Außenministeriums, sagte der Presse, ein entsprechendes Schreiben sei an die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) geschickt worden. Auch die Schweizer Botschaft, die die Interessen der USA in Iran vertritt, habe ein Protestschreiben erhalten. Die Verfolgung sei „illegal“ gewesen, sagte Mussawi. Außenminister Sarif twitterte: „Die USA besetzen illegal Gebiete eines anderen Staates und belästigen dann ein planmäßiges Zivilflugzeug – eine Gefährdung unschuldiger ziviler Passagiere – angeblich, um ihre Besatzungstruppen zu schützen.“

Hessamddin Aschna, Berater von Präsident Rohani und Chef des Zentrums für strategische Forschung, bedrohte die Führung in Washington. Mit Blick auf den Vorfall sagte er laut BBC, „solche Aktionen werden mit dem Tod der Führer Amerikas beantwortet.“

IRAN UND SYRIEN VEREINBAREN MILITÄRISCHE KOOPERATION

Einem Bericht des staatlichen Fernsehens Irans vom 10. Juli zufolge haben Teheran und Damaskus ein militärisches Abkommen unterzeichnet, das vor allem die syrischen Luftabwehrsysteme verbessern soll. Unterzeichnet wurde das Abkommen bei einem Besuch des iranischen Generalstabchefs Mohammad Hossein Bagheri in Damaskus. Bei einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad sagte Bagheri, das Abkommen sei das Resultat einer jahrelangen „Kooperation gegen den Terrorismus.“ Es diene der Stärkung des militärischen Potentials beider Länder, um sich gegen den Druck der USA zu stellen.

In der Erklärung zu dem Abkommen fordern beide Staaten den Rückzug „aller ausländischer Streitkräfte, die sich illegal in Syrien aufhalten.“ Syriens Verteidigungsminister, der das Abkommen mitunterzeichnete, würdigte die engen Beziehungen zwischen Teheran und Damaskus, die „trotz zunehmenden Drucks und zunehmend ernster Bedrohungen fortgesetzt werden.“

UNTERIRDISCHE RAKETENSTÄDTE AM GOLF

Admiral Aliresa Tangsiri, Oberkommandierender der Marine der Revolutionsgarden, sagte am 5. Juli: „Die Feinde wissen, dass die Revolutionsgarden an den südlichen Küsten des Landes unterirdische Städte haben. Doch ihre Informationen darüber sind nicht genau. Die gesamte Küste ist voll von Waffen. Die unterirdischen Städte der Revolutionsgarden und der regulären Streitkräfte haben jeweils verschiedene Verteidigungsaufgaben,“ sagte Tangsiri dem Organ der Revolutionsgarden „Sobhe Sadegh“ Gerichtet an die USA sagte er weiter: „Iran hat alle Kriegsschiffe, die sich im Persischen Golf und dem Meer von Oman bewegen, unter Kontrolle. Das ist keine Parole, es ist die Wahrheit.“

Iran betrachtet die Präsenz der USA im Persischen Golf als illegal. Besonders in letzter Zeit sind Kriegsboote der Revolutionsgarden den amerikanischen Kriegsschiffen gefährlich nahegekommen. Im April dieses Jahres steuerten elf iranische Kriegsboote auf amerikanische Kriegsschiffe zu. Sie wurden gewarnt, doch es dauerte eine ganze Stunde, bis sie sich zurückzogen. Die USA sprachen von einer „gefährlichen Provokation.“ Als am 20. Juli 2019 die Revolutionsgarden eine amerikanische Drohne im Persischen Golf abschoßen, spitze sich die Feindschaft zwischen Iran und den USA soweit zu, so dass eine militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten als sehr wahrscheinlich schien.

Tangsieri sagte: „Die USA müssen sich aus der Region zurückziehen und die Verantwortung für die Sicherheit der Region den Ländern selbst überlassen. Gerichtet an die „Feinde Irans,“ sagte der Admiral: „In naher Zukunft werden wir die Welt mit unseren Langstreckenraketen und unseren Flugzeugträgern überraschen. Niemand kann sich vorstellen, wozu wir in der Lage sind. (...) Wir sind der Albtraum der USA.“

MILITÄRMANÖVER LÖST BEI US-STREITKRÄFTEN ALARMBEREITSCHAFT AUS

Iran hat sich bei einem Militärmanöver im Persischen Golf Ende Juli etwas Neues einfallen lassen. Die Revolutionsgarden brachten die Attrappe eines amerikanischen Flugzeugträgers mit einem Schlepper von der Hafenstadt Bandar Abbas in die strategisch wichtige Straße von Hormos. Die Garden hatten 2015 bei einem Manöver eine ähnliche Aktion unternommen. Damals teilten sie mit, die Nachbildung eines Flugzeugträgers sei durch vier Raketen, die von der Küste abgefeuert wurden und 200 Boden-See-Raketen zerstört worden. Diese Aktion wurde damals mit Blick auf die sich vor der Unterzeichnung des Atomabkommens eskalierenden Konflikte zwischen Iran und den USA als eine warnende Botschaft an Washington aufgefasst.

Nun haben sich die Konflikte abermals verschärft. Offenbar will Iran militärische Stärke zeigen und demonstrieren, dass die Straße von Hormos, durch die ein Fünftel des weltweit verbrauchten Erdöls transportiert wird, unter iranischer Kontrolle steht. Laut dpa vom 27. Juli befanden sich an Bord der 200 Meter langen und 50 Meter breiten Attrappe 16 nachgebaute Kampfflugzeuge.

Iran hat schon mehrmals gedroht, die Straße von Hormos zu schließen, zuletzt vor zwei Jahren mit Beginn des von den USA verhängten Ölboykotts. Am 28. Juli meldeten iranische Medien, der nachgebaute Flugzeugträger sei angegriffen und zerstört worden. Das staatliche Fernsehen zeigte Bilder, auf denen Schnellboote, Hubschrauber und Landstreitkräfte zu sehen waren. Laut AFP sagte General Abbas Nilforuschan, Sprecher der Revolutionsgarden, bei dem Manöver seien auch Langstreckenraketen eingesetzt worden, die in der Lage seien, „schwimmende Ziele“ anzugreifen.

Die USA kritisierten die Aktion. Mindestens zwei amerikanische Militärbasen im Nahen Osten traten in Alarmbereitschaft. Die BBC berichtete, die USA hätten Informationen gehabt, die auf einen möglichen Raketenangriff gegen diese Stützpunkte hindeuteten. Ein Reporter der Fax News berichtete, drei Raketen seien in der Nähe amerikanischer Stützpunkte in Katar niedergegangen, die vermutlich aus Iran stammten. Einige Nachrichtensender wie CNN berichteten, das US-Hauptquartier Cetcom habe am Morgen des 28. Juli um 5:30 Uhr den Abschuss von ballistischen Raketen bekannt gegeben, die aus Iran stammen sollen.

Laut AFP kritisierte Rebcca Rebarich, Sprecherin der fünften US-Flotte in Bahrain, den Einsatz der Attrappe. Die Aktion sei „offensiv“ und als Einschüchterung gedacht, sagte sie. Indes berichteten die Medien am 29. Juli von Untergrundraketen- und Militärsatellitentests am Persischen Golf, die den Angaben der Revolutionsgarden zufolge erfolgreich verlaufen sein sollen. „Die tief unter der Erde versteckten Untergrundraketen wurden erfolgreich und ohne Startrampe abgefeuert,“ zitierte dpa den Kommandeur der Luft- und Raumfahrtabteilung, Amir-Ali Hadschisadeh. Der Militärsatellit „Nur-1,“ der im April dieses Jahres ins Weltall geschossen wurde, wurde nun genutzt, um aus 425 Kilometern Höhe die Militärübungen zu überwachen, berichtet dpa.

EXPERTIN VERURTEILT ANSCHLAG GEGEN GENERAL SOLEIMANI

Agnes Callmard, Sonderberichterstatterin der UNO für außergerichtliche Hinrichtungen, hat in ihrem am 7. Juli veröffentlichten Bericht den Angriff auf den iranischen General Ghassem Soleimani als „willkürliche Tötung“ und Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen bezeichnet. Sie erklärte, die USA hätten nicht nachweisen können, dass der General unmittelbar einen Angriff auf den Interessen der USA geplant und daher, „ein sofortiges Handeln notwendig gemacht und gerechtfertigt hätte.“

Soleimani, Chef der iranischen Al-Kuds-Brigade, war Anfang Januar dieses Jahres auf direkten Befehl des amerikanischen Präsidenten Donald Trumps durch einen Drohnenangriff in der Nähe des Bagdader Flughafens getötet worden. Es sei der erste Fall in der Geschichte gewesen, bei dem ein Staat mit der Begründung der Selbstverteidigung einen ranghohen Vertreter eines anderen Landes in einem dritten Staat tötet und dies rechtlich zu rechtfertigen versucht habe, sagte Callmard in einem Interview. Zwar spricht die Sonderberichterstatterin nicht offiziell im Namen der UNO, sie ist aber dazu verpflichtet, das Ergebnis ihrer Untersuchungen der UN-Menschenrechtskommission vorzulegen. Sie schildert in ihrem Bericht den Vorgang ausführlich, ihr Ziel ist jedoch nach eigenen Angaben, darauf aufmerksam zu machen, dass der gezielte Einsatz von Drohnen, der bei militärischen Operationen immer mehr zunimmt, zu immer häufigeren Verstößen gegen die Charta der UNO führt. „Die Welt ist in die zweite Phase des Einsatzes von

unbemannten Flugkörper getreten, der unkontrolliert zunimmt. Dafür gibt es aber keinerlei Regelungen und Gesetze,“ heißt es in dem Bericht. Zahlreiche Staaten seien dabei, sich mit Drohnen auszurüsten. Derzeit seien 102 Staaten im Besitz von aktiven militärischen Drohnen, 40 Staaten benutzten Drohnen als Waffen. Seit 2015 setzten 11 Staaten Drohnen ein, um Menschen zu töten. Das sind Großbritannien, Ägypten, Iran, Irak, Israel, Nigeria, Pakistan, Saudi-Arabien, die Türkei, die Arabischen Emirate und die USA.

Callmard fordert, die UNO müsse die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Drohnen sobald wie möglich festlegen. Sie forderte von allen Staaten mehr Transparenz.

Die USA kritisierten den Bericht. „Wir lehnen den unberechtigten Bericht der UN-Sonderberichterstatte ab,“ schrieb Außenminister Mike Pompeo auf Twitter. Die USA hätten den Angriff rechtlich begründet. Washington werde „immer handeln, um Amerika zu schützen.“

HOOK PLÄDIERT FÜR VERLÄNGERUNG DES WAFFENEMBARGOS GEGEN IRAN

Der Iran-Beauftragte der US-Regierung Brian Hook, der sich zu Gesprächen im Nahen Osten aufhielt, sagte am 27. Juni der Presse in Katar, er habe mit den Führungen der arabischen Staaten am Persischen Golf und anderer Staaten in der Welt gesprochen. Niemand sei dafür, dass Iran erlaubt werde, frei Waffen wie Kampffjets und Raketen zu kaufen oder zu verkaufen. Gemäß der UN-Resolution 2231 soll das Waffenembargo gegen Iran am 18. Oktober aufgehoben werden. Die USA erklärten, dass sie alles unternehmen werden, um dies zu verhindern.

„Stellen Sie sich vor, wie die gesamte Region aussehen wird (wenn das Embargo aufgehoben wird). Ohne Zweifel wird sich die Lage in Jemen und Syrien verschärfen,“ sagte Hook weiter.

DIPLOMAT WEGEN „TERRORISTISCHER AKTIVITÄTEN“ IN BELGIEN ANGEKLAGT

Die belgische Staatsanwaltschaft gab am 15. Juli bekannt, dass vier Personen, darunter ein iranischer Diplomat, wegen „versuchten Mordes mit terroristischer Absicht“ und Teilnahme an Aktivitäten einer terroristischen Organisation“ angeklagt seien. Es ist das erste Mal, dass ein iranischer Diplomat in Europa wegen terroristischer Aktivitäten angeklagt ist.

Die belgische Staatsanwaltschaft hatte im Juli 2018 bekannt gegeben, einen Attentatsplan gegen eine Versammlung der iranischen Volksmodjahedin, einer oppositionellen Organisation im Ausland, vereitelt zu haben. Am 20. Juni, dem Tag der Versammlung in Paris, wurde ein iranisches Ehepaar auf der Fahrt von Brüssel nach Paris festgenommen. In dem Fahrzeug entdeckten Polizeibeamte ein halbes Kilo des Sprengstoffs TATP mit einer Zündvorrichtung. Zugleich suchte die Polizei zwei weitere Verdächtige. Einer von ihnen war Assadollah Assadi, ein iranischer Diplomat, der in der iranischen Botschaft in Wien tätig war. Er befand sich zu der Zeit seiner Festnahme auf einer Reise in Deutschland. Er war mit dem Ehepaar verabredet. Die deutsche Polizei nahm ihn in Gewahrsam, nach einigen Monaten wurde er nach Belgien ausgeliefert. Da er sich außerhalb Österreichs befand, stand er nicht unter diplomatischem Schutz. Er wird verdächtigt, das Attentat geplant und in Auftrag gegeben zu haben.

Auch Frankreich warf dem iranischen Geheimdienst vor, an dem Attentatsplan beteiligt gewesen zu sein. Daher wurden die Konten von zwei seiner Mitarbeiter in Frankreich eingefroren.

Iran bestreitet jegliche Art der Beteiligung an dem geplanten Anschlag und warf den Volksmodjahedin vor, die ganze „Geschichte inszeniert“ zu haben, um das Verhältnis Irans zu Europa zu zerstören.

US-GERICHT ORDNET BESCHLAGNAHME IRANISCHER ÖLTANKER RICHTUNG VENEZUELA AN

Nach einer Anklage der Staatsanwaltschaft hat ein Richter in Washington angeordnet, iranische Tanker, die mit Benzin beladen sind und sich auf dem Weg nach Venezuela befinden, zu beschlagnehmen. Die Staatsanwaltschaft hatte in diesem Zusammenhang einen iranischen Kaufmann mit dem Namen Mahmud Mandanipur als Vermittler genannt. Zwei Wochen zuvor war ein kolumbianischer Kaufmann, der unter dem Verdacht stand, Iran bei der Umgehung von US-Sanktionen unterstützt zu haben, auf dem Weg nach Iran festgenommen worden.

Sowohl Iran als auch Venezuela leiden unter starken US-Sanktion. In den vergangenen Wochen hatte Iran mehrere Tanker mit Benzin nach Venezuela geschickt, was beide Staaten als großen Erfolg bewerteten.

Die Staatsanwaltschaft bezeichnete Mandanipur als „Schlüsselfigur“ in den Beziehungen zwischen Iran und Venezuela. An der Aktion sollen vor allem die iranischen Revolutionsgarden beteiligt sein. Es wird berichtet, dass die Iraner das Benzin immer wieder in andere Tanker umgeladen haben, um mögliche Kontrollen der USA umgehen zu können. Die Tanker trugen liberianische Flaggen.

Es ist nicht klar, inwieweit die Anordnung des Richters umgesetzt werden kann, vor allem wenn die Schiffe sich außerhalb amerikanischer Gewässer befinden.